

NIEDERSCHRIFT

über die **4.** Sitzung des
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **13.05.2015**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:35 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Hans Ludwig Dickers
2. Herr Hans-Josef Engels bis 19:20 Uhr
3. Herr Reiner Geroneit
4. Herr Gerhard Heyner bis 18:45 Uhr
5. Herr Klaus Karl Kaster
6. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
7. Herr Wolfgang Kuhn
8. Frau Ann-Kathrin Küsters
9. Frau Dr. Daniela Leyhausen
10. Herr Werner Moritz
11. Herr Antonius Suppes
12. Frau Maria Widdekind

• SPD-Fraktion

13. Herr Udo Bartsch ab 17:15 Uhr
14. Herr Udo Bernards bis 17:15 Uhr für Herrn Udo Bartsch
15. Frau Margot Dubbel
16. Frau Cornelia Lampert-Voscht
17. Herr Rainer Schmitz
18. Frau Gertrud Servos
19. Frau Ursula Wolf

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

20. Herr Kantharupan Balasubramaniam
21. Frau Marianne Michael-Fränzel

22. Frau Angela Stein-Ulrich

• **FDP-Fraktion**

23. Frau Beate Kopp
24. Herr Dirk Rosellen

Vertretung für Frau Marie-Louise Leufgen

• **Die Linke/Piraten-Fraktion**

25. Herr Oliver Schulz

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

26. Herr Carsten Thiel

• **AfD**

27. Frau Corinna Gerstmann

• **beratende Mitglieder**

28. Herr Karl Boland	bis 17:45 Uhr
29. Herr Bernd Gellrich	
30. Herr Norbert Kallen	ab 17:20 Uhr
31. Herr Dr. Josef Merten	
32. Herr Bülent Öztas	bis 18:20 Uhr

• **Verwaltung**

33. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
34. Frau Katharina Czudaj
35. Herr Dr. Michael Dörr
36. Herr Edwin Erdmann
37. Herr Fabian Fox
38. Herr Siegfried Henkel
39. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
40. Herr Marcus Mertens
41. Frau Birgit Rothe-Slak

• **Schriftführer**

42. Herr Carsten Paetau

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		4
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel - Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.04.2015 Vorlage: 50/0614/XVI/2015.....	4
2.1.	Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel - Anfrage der SPD Kreistagsfraktion vom 07.04.2015 Vorlage: 50/0637/XVI/2015.....	4
3.	Soziales Handlungskonzept Vorlage: 50/0611/XVI/2015.....	5
4.	Ehrenamtspreis des Rhein-Kreises Neuss für soziales Engagement Vorlage: 50/0598/XVI/2015	6
5.	Tätigkeitsbericht 2014 mit Schwerpunktthema "Sexualpädagogische Arbeit an Schulen" - Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle Frauen beraten / donum vitae e.V. Kreis Neuss Vorlage: 50/0627/XVI/2015.....	8
6.	Kindergesundheit im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/0629/XVI/2015.....	9
7.	Bericht zum Projekt "Gesund genießen - Optimierung der Mittagsverpflegung in weiterführenden Schulen" Vorlage: 53/0545/XVI/2015	10
8.	Mitteilungen	10
8.1.	Jahresbericht 2014 der Seniorenberatung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0628/XVI/2015	10
8.2.	Auslobung des Wettbewerbes "Integrationspreis 2015 des Rhein-Kreises Neuss" Vorlage: 50/0626/XVI/2015.....	11
8.3.	Landesförderung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe Vorlage: 50/0625/XVI/2015	11
9.	Anfragen	12

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wies Ausschussvorsitzender Dr. Klose darauf hin, dass Kreistagsmitglied Bartsch aus Gründen, welche er nicht zu vertreten habe, erst später an der Sitzung teilnehmen könne. Er machte daher den Vorschlag, den Tagesordnungspunkt 2 bis dahin zurück zu stellen, damit Kreistagsmitglied Bartsch hierzu Stellung nehmen könne.

Widerspruch gegen den Vorschlag erhob sich nicht. Die Tagesordnungspunkte 3 bis 5 wurden daher vor Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

Anschließend stellte Ausschussvorsitzender Dr. Klose den neuen Sozialdezernenten Kreisdirektor Brügge vor und hieß ihn herzlich willkommen.

2. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel - Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.04.2015 Vorlage: 50/0614/XVI/2015

2.1. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel - Anfrage der SPD Kreistagsfraktion vom 07.04.2015 Vorlage: 50/0637/XVI/2015

Protokoll:

Kreistagsmitglied Bartsch dankte der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.04.2015 und machte darauf aufmerksam, dass es für Personen mit geringem und mittlerem Einkommen schwierig sei, preisgünstigen Wohnraum im Kreisgebiet zu finden. Dieses Problem verschärfe sich insbesondere bei Personen, die im Leistungsbezug nach dem SGB II oder SGB XII stehen. Nach Auskunft des Jobcenters seien viele Vermieter nicht mehr dazu bereit, Wohnungen an Leistungsempfänger nach dem SGB II zu vermieten.

Kreistagsmitglied Thiel schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an und schlug daher eine Erhöhung der Mietobergrenzen in den von der Problematik am stärksten betroffenen Städten Neuss, Dormagen und Meerbusch vor. Auch im Hinblick auf die Flüchtlingssituation sowie die steigende Altersarmut sah er dringenden Handlungsbedarf für die Behebung der Angebotsknappheit auf dem Wohnungsmarkt.

Kreisdirektor Brügge erklärte hierzu, dass diese Problematik nicht allein über die Festlegung des Mietspiegels gelöst werden könne, sondern vor allem im Rahmen von Gesprächen mit den Städten und Gemeinden sowie den Institutionen der Wohnungsbauwirtschaft erörtert werden müsse.

Hinsichtlich der dem derzeitigen Mietspiegel zu Grunde liegenden Erhebung der Firma Analyse & Konzepte Hamburg merkten die Kreistagsmitglieder Bartsch und Thiel an,

dass hierbei der Schwerpunkt auf die Bestandsmieten im Kreisgebiet gelegt worden sei. Diese würden jedoch nach deren Auffassung nicht den aktuellen Wohnungsmarkt abbilden, da diese Wohnungen tatsächlich nicht mehr verfügbar seien. Für den Fall der erneuten Erstellung eines Gutachtens sprachen sie sich für eine stärkere Orientierung an den Angebotsmieten aus.

Kreisdirektor Brügge führte hierzu aus, dass die Notwendigkeit der Fortschreibung des Mietspiegels derzeit überprüft werde und auch Gegenstand des Treffens der Sozialdezernenten der Städte und Gemeinden im Juni 2015 sei. Inwieweit bei der Festlegung des Mietspiegels die Bestands- bzw. Angebotsmieten zu berücksichtigen seien, werde in diesem Zusammenhang nochmals diskutiert. Die Beurteilung habe dabei anhand der durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes festgelegten Kriterien zu erfolgen. Soweit über diese Vorgaben hinausgehende Leistungen geprüft würden, müsse zudem die derzeitige Haushaltssituation in die Betrachtung miteinbezogen werden.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich äußerte dahingehend Bedenken, dass nach Angaben des Jobcenters zwar in einigen der Leistungsfälle ein Kostensenkungsverfahren eingeleitet worden sei, ein Umzug jedoch aufgrund der Knappheit an angemessenem Wohnraum offenbar häufig nicht möglich gewesen sei. Dies könnte unter Umständen zu einer Kürzung der Leistungen für Betriebs- und Heizkosten führen. Dabei würden die in der Richtlinie „Bedarfe für Unterkunft“ geregelten Ausnahmen ihres Erachtens in der Praxis nicht hinreichend angewandt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose bedauerte, dass aufgrund der mangelnden Datenqualität hinsichtlich der eingeleiteten Kostensenkungsverfahren keine umfassenden Aussagen zu den damit verbundenen Auswirkungen getroffen werden konnten. Für die Zukunft regte er daher eine entsprechende Sicherung von Statistikdaten an.

Kreisdirektor Brügge erklärte hierzu, dass eine Erfassung und Auswertung der erforderlichen Statistikdaten aufgrund des für das Jobcenter vorgeschriebenen Softwareprogrammes derzeit nicht möglich sei und diese daher händisch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgezeichnet werden müssten. Vor allem bei den größeren kreisangehörigen Städten und Gemeinden seien diese Daten jedoch aufgrund der hohen Fallzahlen nur bedingt aussagekräftig. Diesbezüglich würden in Absprache mit den betroffenen Kommunen mögliche Lösungsansätze erörtert.

3. Soziales Handlungskonzept Vorlage: 50/0611/XVI/2015

Protokoll:

Ausschussmitglied Dubbel dankte der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.04.2015 und erkundigte sich nach der weiteren Vorgehensweise.

Kreisdirektor Brügge teilte darauf hin mit, dass zunächst die Erfolge der bisherigen Projekte abgewartet und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ausgewertet werden müssten. In Abstimmung mit der Agentur für Arbeit und des Jobcenters sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene werde die Verwaltung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 anschließend erneut Vorschläge zum Sozialen Handlungskonzept unterbreiten.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Servos teilte Herr Henkel mit, dass sich die Pro-

jekte „Neusser Weg“ und „Patenmodell“ derzeit noch in der Aufbau- und Konzeptionsphase befänden und deren Projektdauer über das Haushaltsjahr 2015 hinausgehe.

Die von Kreistagsmitglied Schmitz erbetene Vergleichsübersicht zur Jugendarbeitslosigkeit im Rhein-Kreis Neuss sowie auf Bundes- und Landesebene ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Thiel erkundigte sich, ob die finanziellen Mittel für die Projekte „Neusser Weg“ und „Patenmodell“ nicht aus dem Budget des Jobcenters zur Verfügung gestellt werden müssten.

Kreisdirektor Brügge führte hierzu aus, dass die Verwendung der jeweiligen Budgets im Rahmen der Trägerversammlung festgelegt worden sei. Die finanziellen Mittel des Jobcenters seien jedoch für die Finanzierung der beiden Projekte nicht ausreichend gewesen, so dass der Rhein-Kreis Neuss diese übernommen habe.

Herr Öztas schlug vor, dass die Projekte „mops“ (Motivation durch Perspektive) sowie der „Neusser Weg“ in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses durch Mitglieder der Trägergemeinschaft vorgestellt werden. Ausschussvorsitzender Dr. Klöse stimmte dem Vorschlag zu.

Ausschussmitglied Schulz erkundigte sich, was im Einzelnen unter dem Begriff „erkennbare Stabilisierungseffekte“ zu verstehen sei. Herr Henkel führte hierzu aus, dass die Projekte an die bei erwerbslosen Jugendlichen häufig fehlenden Voraussetzungen wie schulische oder berufliche Qualifikation, Auffälligkeiten im Sozialverhalten sowie die Tagesstrukturierung anknüpften. Nähere Angaben zu diesem Thema könnten seitens eines Trägers gemacht werden.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4. Ehrenamtspreis des Rhein-Kreises Neuss für soziales Engagement Vorlage: 50/0598/XVI/2015

Protokoll:

Zur Erläuterung der vorgelegten Beschlussempfehlung führte Kreisdirektor Brügge aus, dass in allen kreisangehörigen Städten und Gemeinden regelmäßig Ehrenamtspreise für soziales Engagement verliehen würden. Zudem finde mit der Aktion „Helden im Alltag“ von der Neuß-Grevenbroicher Zeitung jährlich eine weitere sehr beachtete Ehrenamtswürdigung statt, bei welcher der Rhein-Kreis Neuss in der Jury mitwirke.

Aufgrund der Vielzahl an Preisvergaben mit zum Teil überschneidenden Zielgruppen solle der Ehrenamtspreis des Rhein-Kreises Neuss für soziales Engagement nicht mit einem eigenen Wettbewerb fortgeführt werden. Auf diese Weise solle einer Inflation an Auszeichnungen entgegengewirkt werden. Stattdessen solle die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements im sozialen Bereich in Einzelfällen im Rahmen der bestehenden Preisvergaben hervorgehoben werden.

Kreistagsmitglied Rosellen sprach sich für eine Beibehaltung des Ehrenamtspreises für soziales Engagement aus, weil durch Aktionen wie „Helden im Alltag“ nicht alle im sozialen Bereich ehrenamtlich Tätigen erreicht würden. Er schlug vor, den Ehrenamts-

preis mit einem bestehenden Preis zusammenzulegen. Hierfür würde sich der Integrationspreis anbieten.

Kreistagsmitglied Moritz schloss sich diesem Vorschlag mit dem Hinweis an, dass für den Ehrenamtspreis auch keine finanziellen Mittel bereitgestellt werden müssten.

Ausschussmitglied Dubbel begrüßte die Beschlussempfehlung und wies darauf hin, dass eine Würdigung für soziales ehrenamtliches Engagement danach weiterhin im Einzelfall erfolgen könne, dieses jedoch im Übrigen durch die bestehenden Preise hinreichend gewürdigt werde.

Nach Auffassung von Kreistagsmitglied Thiel sollte anstelle des Ehrenamtspreises für soziales Engagement der Journalistenpreis „Pro Ehrenamt“ abgeschafft werden, da hiermit eine berufliche Tätigkeit und kein ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet werde. Daher beantragte er die Abänderung der Beschlussempfehlung.

Kreisdirektor Brügge merkte darauf hin an, dass eine den Journalistenpreis betreffende Beschlussfassung schon aus Verfahrensgründen nicht möglich sei und auch nicht in der Zuständigkeit des Sozial- und Gesundheitsausschusses liege.

Kreistagsmitglied Schmitz stellte in diesem Zusammenhang nochmals heraus, dass der Ehrenamtspreis nicht gänzlich abgeschafft, sondern auf Einzelfälle beschränkt werden solle.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Thiel teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass die Vergabe des Ehrenamtspreises für soziales Engagement nicht mit einem Preisgeld verbunden sei.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose schlug nach dem Verlauf der Diskussion vor, den Ehrenamtspreis beizubehalten, seine Vergabe aber mit dem Integrationspreis organisatorisch zu verbinden.

SozGe/20150513/Ö4

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Ehrenamtspreis für soziales Engagement grundsätzlich beizubehalten. Wegen der Vielzahl der Preisvergaben, der sich zum Teil auch überschneidenden Zielgruppen und der Exklusivität der einzelnen Wettbewerbe soll jedoch das Vergabeverfahren in der jetzigen Form nicht weiter fortgeführt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, soweit Vorschläge an den Rhein-Kreis Neuss herangezogen werden, beispielhaftes ehrenamtliches Engagement im sozialen Bereich im Einzelfall zu würdigen. Dabei wird die Würdigung für soziales ehrenamtliches Engagement organisatorisch mit der Vergabe des Integrationspreises zusammengelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 3 Enthaltungen (UWG/Die Aktive und Bündnis 90/Die Grünen)

5. Tätigkeitsbericht 2014 mit Schwerpunktthema "Sexualpädagogische Arbeit an Schulen" - Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle Frauen beraten / donum vitae e.V. Kreis Neuss
Vorlage: 50/0627/XVI/2015

Protokoll:

Doris Hermichen, Christa Schwandner und Michael Rick berichteten in einem Vortrag über die Aktivitäten des Vereines „Frauen beraten / donum vitae e. V. Kreis Neuss“ im Jahr 2014.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte den Vortragenden für ihren Bericht.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Servos teilte Frau Schwandner mit, dass das Angebot im Kreisgebiet mit den Beratungsstellen in Neuss, Grevenbroich und Dormagen vergleichsweise hoch sei. Von Frauen aus den übrigen kreisangehörigen Städten und Gemeinden werde meist die Beratungsstelle in Neuss aufgesucht.

Im Hinblick auf die Fragen der Kreistagsmitglieder Servos und Bartsch nach der sexualpädagogischen Arbeit in Förderschulen im Kreisgebiet erläuterte Frau Schwandner, dass der Schwerpunkt auf der Tätigkeit in Haupt- und Berufsschulen liege. Soweit in Förderschulen ein Bedarf bestehe, könne dort im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten eine Beratung durchgeführt werden.

Kreisdirektor Brügge gab zu Bedenken, dass die sexualpädagogische Arbeit an Förderschulen möglicherweise auf andere Weise erfolge und im Übrigen auch durch den Lehrplan vorgesehen sei. Diese Thematik werde seitens der Verwaltung besprochen und möglicherweise im Schulausschuss beraten.

Ausschussmitglied Widdekind und Kreistagsmitglied Thiel stellten die Bedeutung der Prävention durch die sexualpädagogische Arbeit heraus und bekräftigten den Verein „Frauen beraten/ donum vitae e. V. Kreis Neuss“ in ihrer Tätigkeit.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Schmitz erläuterte Kreisdirektor Brügge, dass eine Finanzierung von Verhütungsmitteln im Leistungskatalog des SGB II anders als zuvor im BSHG nicht mehr vorgesehen sei. Für den Bereich der Familienplanung seien zwar im SGB XII noch Leistungen geregelt. Diese kämen jedoch meist aufgrund des Alters des anspruchsberechtigten Personenkreises nicht in Betracht.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich wies darauf hin, dass die Krankenkassen weiterhin die Kosten für Verhütungsmittel bei unter 18-Jährigen übernehmen würden. Aufgrund der mit einer ungewollten Schwangerschaft verbundenen Belastungen würde sie auch bei über 18-Jährigen - insbesondere im Leistungsbezug nach dem SGB II - eine Finanzierung von Verhütungsmitteln begrüßen. Für die Finanzierung schlug sie die Bildung eines Fonds vor.

Kreisdirektor Brügge führte hierzu aus, dass der Bundesgesetzgeber wieder eine rechtliche Grundlage im SGB II für die Finanzierung von Verhütungsmitteln schaffen könnte. Im Übrigen bestünde die Möglichkeit, dass der Kreistag diese als freiwillige Leistung beschließt. Hierfür müsste ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Schmitz in Bezug auf die Bereitschaft der betroffenen Väter zur Unterhaltszahlung teilte Frau Schwandner mit, dass eine Vielzahl der in Kontakt mit der Beratungsstelle stehenden Frauen im Leistungsbezug nach dem

SGB II stünden. Die Väter seien häufig selbst nicht oder nur geringfügig berufstätig und könnten daher keine Unterhaltszahlungen für das Kind leisten, so dass in diesen Fällen Unterhaltsvorschusszahlungen durch das Jugendamt sowie Leistungen nach dem SGB II erbracht würden.

Ausschussmitglied Dubbel erkundigte sich, ob auch bei Schwangerschaftsabbrüchen eine Nachberatung angeboten werde, da sich Schwierigkeiten im psychologischen Bereich bei den betroffenen Frauen häufig erst mit zeitlicher Verzögerung bemerkbar machen würden.

Frau Schwandner erklärte hierzu, dass nach jedem Beratungsgespräch auf die Möglichkeit einer Nachberatung auch bei Schwangerschaftsabbruch hingewiesen werde. In diesen Fällen werde das Angebot jedoch nur in wenigen Fällen und tatsächlich häufig erst einige Zeit später in Anspruch genommen.

6. Kindergesundheit im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/0629/XVI/2015

Protokoll:

Dr. Dörr stellte in einem Vortrag die Auswertung der Ergebnisse der im Jahr 2014 durchgeführten Schulneulingsuntersuchungen vor. Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Kreistagsmitglied Schmitz dankte für den Bericht und lobte das Kreisgesundheitsamt dafür, dass dieses weiterhin auf eigene Initiative Ergebnisse der Ursachenforschung zum Thema Untergewicht zusammen trage.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Schulz teilte Dr. Dörr mit, dass es keinen Erklärungsansatz für den Anstieg der Quote an Sprachdefiziten von rund 20 % im Jahr 2008 auf rund 27 % im Jahr 2014 gebe. Dieser Unterschied sei jedoch nicht auffällig hoch.

Dezernent Mankowsky machte für den Bereich Zahngesundheit darauf aufmerksam, dass der Anteil von behandlungsbedürftigen Schulneulingen seit den 50er-Jahren mit rund 80 % erfreulicherweise stark rückläufig sei und aktuell nur noch bei 24 % liege.

Diese positive Entwicklung sei vor allem auf die seitdem geschaffenen Rechtsgrundlagen für Präventionsmaßnahmen im Bereich der Zahngesundheit zurückzuführen.

Vor dem Hintergrund des aktuell diskutierten Präventionsgesetzes wäre es daher wünschenswert, wenn vom Gesetzgeber auch für weitere Gesundheitsbereiche eine entsprechende Grundlage geschaffen würde.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

7. Bericht zum Projekt "Gesund genießen - Optimierung der Mittagsverpflegung in weiterführenden Schulen" **Vorlage: 53/0545/XVI/2015**

Protokoll:

Natacha Thomassin, Ernährungsfachkraft vom ESG-Institut, und Johannes Kirfel, Lehrer und Projektverantwortlicher am Nelly-Sachs-Gymnasium in Neuss, schilderten den Projektverlauf und stellten einige Maßnahmen in einem Vortrag vor.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte den beiden für ihren Projektbericht.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich dankte ebenfalls für den Bericht und merkte an, dass sie sich bei der Auswahl der Lebensmittel mehr Rücksicht auf ökologische Standards in Bezug auf Zusatzstoffe und Bio-Produkte sowie ein vegetarisches Angebot an mehreren Tagen in der Woche gewünscht hätte.

Frau Thomassin erklärte diesbezüglich, dass bei der Auswahl der Lebensmittel viel Wert auf qualitativ hochwertige Produkte gelegt und diese nach Möglichkeit aus dem Bio-Bereich eingekauft worden seien. Sie bestätigte, dass der Verzehr von Fleisch an mehr als zwei Tagen in der Woche aufgrund aktueller Ernährungsstudien nicht empfohlen werde und auch nicht unterstützt worden sei.

Kreistagsmitglied Thiel würde es begrüßen, wenn die Mittagsverpflegung durch Mütter der Schulkinder ehrenamtlich oder auf Minijob-Basis erfolgen könnte, um Schwankungen bei der Qualität der Mittagsverpflegung durch Wechsel der Cateringunternehmen zu vermeiden.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Schulz wurde von Frau Thomassin bestätigt, dass die Ergebnisse des Projektes noch schriftlich festgehalten würden, damit diese für zukünftige Projekte nutzbar gemacht werden können.

Nach Einschätzung von Dezernent Mankowsky seien durch das Projekt nicht nur kurzfristige Umstellungen in den Mensen erzielt und die Cateringunternehmen entsprechend geschult worden. Aufgrund der Tatsache, dass die Wünsche der Schüler mit den Anregungen von Frau Thomassin deckungsgleich gewesen seien, gehe er davon aus, dass die Mittagsverpflegung in den Schulen, die an dem Projekt teilgenommen haben, weitergeführt werde.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Projektbericht zur Kenntnis.

8. Mitteilungen

8.1. Jahresbericht 2014 der Seniorenberatung im Rhein-Kreis Neuss **Vorlage: 50/0628/XVI/2015**

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände für die Vorlage des Jahresberichtes 2014.

8.2. Auslobung des Wettbewerbes "Integrationspreis 2015 des Rhein-Kreises Neuss"

Vorlage: 50/0626/XVI/2015

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Schmitz teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass die Jury durch jeweils einen Vertreter der Kreistagsfraktionen, den stellvertretenden Landrat Dr. Klose und ihn selbst gebildet werde.

8.3. Landesförderung für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe

Vorlage: 50/0625/XVI/2015

Protokoll:

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Stein-Ulrich teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass die konkrete Verteilung der von Landesregierung einmalig zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 18.000 € an die einzelnen Zuwendungsempfänger mit dem Protokoll nachgereicht werde.

Die Verteilung der Mittel stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

- Jugendmigrationsdienst für den Rhein-Kreis Neuss für ein Projekt in Dormagen
1.722,50 €
- Jugendmigrationsdienst für den Rhein-Kreis Neuss für ein Projekt in Grevenbroich
1.722,50 €
- Evangelische Kirchengemeinde Kelzenberg
2.571,43 €
- Ehrenamtsbörse der Stadt Korschenbroich
2.666,07 €
- Bürgerverein Ossum-Bösinghoven e.V.
350,00 €
- Evangelische Kirchengemeinde Osterath
1.158,04 €
- Evangelische Kirchengemeinde Büderich
1.158,03 €
- Evangelische Christuskirchengemeinde Neuss
2.571,43 €
- Katholische Arbeitsgemeinschaft für Weiterbildung Neuss e.V. Familienforum Edith Stein
2.500,00 €
- Ehrenamtsbörse der Gemeinde Rommerskirchen
1.580,00 €

Im Hinblick auf die Frage nach der Zweckbindung der Mittel ergänzte Herr Henkel, dass diese nicht als Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlich Tätigen, sondern ausschließlich für die in Absatz 3 der Sitzungsvorlage genannten Zwecke zu verwenden seien.

Die Förderrichtlinie zum Thema „Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe“ ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

9. Anfragen

Protokoll:

Dr. Dörr wies auf den im Jahr 2015 in aktualisierter Form erschienenen Flyer des Kreisgesundheitsamtes zum „Newsletter Gesundheit“ hin. Inhaltliche Vorschläge mit einem Bezug zum Thema Gesundheit könnten gerne an das Kreisgesundheitsamt herangetragen werden. Der Flyer lag in der Sitzung aus.

Zudem machte Dr. Dörr auf die vom Niedersächsischen Landesgesundheitsamt zur Verfügung gestellte Ausstellung zum Thema „Epidemiologie“ aufmerksam, welche noch bis zum 01.09.2015 in den Räumlichkeiten des Kreisgesundheitsamtes in Grevenbroich, Auf der Schanze 1, besucht werden könne.

Durch den Kurator Herrn Scharlach werden am 03.06.2015 um 12.00 Uhr und um 13.30 Uhr zwei Führungen für eine begrenzte Teilnehmerzahl angeboten. Die Kontaktdaten für die Anmeldung sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 19:35 Uhr die Sitzung.



Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz



Carsten Paetau
Schriftführung